

.....

1) die finanzielle Situation der Stadt Lüdenscheid erfordert weitere Anstrengungen:

die negativen Planungszahlen des Haushaltes bei einem Ergebnis von minus 4,1 € erfordern sicherlich weiterhin eine Sanierungsstrategie – bei einem Gesamthaushalt von rd. 168 Mio.€ im Verwaltungsteil und rd. 29 Mio. € beim Vermögenshaushalt. Sicherlich hat sich durch erhöhte Steuereinnahmen die Lage verbessert, bestimmte übergeordnete Faktoren, die unseren Haushalt belasten, müssen aus Sicht der SPD aber angesprochen werden:

- In den letzten Wochen hat eine intensive Diskussion über die Höhe der Kreisumlage in beinahe allen Städten und Gemeinden stattgefunden, letztendlich müssen wir eine quantitative Erhöhungen der Kreisumlage um 3,1 Mio. € verkraften. Trotz aller Probleme muss auch der Märkische Kreis die Belastungen in den nächsten Jahren deutlich in den Griff bekommen, auch wenn dies sicherlich eine schwierige Diskussion mit sich bringt. Deshalb war es auch richtig, im Haushaltsentwurf von der ursprünglichen Höhe von 36,5 Mio. € des Vorjahres auszugehen
- als Stadt Lüdenscheid können wir auch keine Verschiebungen zulasten der Stadt durch die Landesregierung verkraften: sei es durch Erhöhung der Krankenhausumlage, die Kürzungen im Kindergartenbereich oder im ÖPNV –Bereich. Das sogenannte Konnexitätsprinzip muss endlich in Düsseldorf ernst genommen werden.

Dies gilt auch bei Verlagerungen von Aufgaben auf die Kommunen ohne angemessenen finanziellen Ausgleich (z.B. die Versorgungsämter)

- Größeren finanziellen Handlungsspielraum muss durch eine Neuverteilung der gesamten Finanzmittel zwischen den staatlichen Ebenen erreicht werden. Über die Neuausrichtung des Solidarpaktes muss nachgedacht werden, er kann sich nicht mehr ausschließlich an der geographischen Lage strukturschwacher Kommunen orientieren. Wir bezahlen seit 1990 regelmäßige Beiträge zum Fond deutsche Einheit, in diesem Jahr sind es rd. 3,6 Mio. €.
- Aber auch die Verteilung von Pflichten und Lasten im öffentlichen Bereich bedarf einer Überprüfung. Die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter führt zu höheren Ausgaben vor Ort. Bei dem ALG II hat zwar die Zahl der Bedarfsgemeinschaften abgenommen, die Zahlungen für Unterkunft haben aber zugenommen.

All dies müssen wir über die Kreisumlage mitfinanzieren.

Anrede,.....

Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind auch in Zukunft groß: die Gefahr der Abwanderung von Arbeitsplätzen im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft, vom demographischen Wandel bis hin zu ökologischen Problemen infolge heraufziehender Energieprobleme und des Klimawandels.

Wir müssen uns um die städtische Infrastruktur kümmern (z.B. Straßen siehe zusätzliche 50 000 €. und Gebäude) und Bereiche wie Bildung und Betreuung erfordern eher noch ein größeres finanzielles Engagement der Stadt Lüdenscheid.

Solide Finanzen sind für uns aber auch eine Verpflichtung gegenüber den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern von Lüdenscheid. Sicherlich kann zur Zeit niemand kann die steuerlichen Einnahmen sicher vorhersagen – die Auswirkungen der Reform der Gewerbesteuer sind nicht zu prognostizieren Kurzfristig können wir keinen ausgeglichenen Haushalt aufweisen, wenn wir bestimmte Eckpunkte wie Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen oder Schließungen von Einrichtungen im Kultur- oder Jugendbereich wollen. Deshalb gilt für uns als SPD das Motto :

Schrittweise Haushalt sanieren und gleichzeitig Lüdenscheid fit für die Zukunft machen

Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg gemeinsam zwischen Politik und Verwaltung die inhaltliche Haushaltsperspektiven durch externe Beratung zu unterstützen, allerdings wollen wir die Arbeitsergebnisse des ersten Schrittes, die sogenannte Prozesskostenanalyse abwarten, bevor wir die Schritte zwei und drei in Auftrag geben. Wir hoffen, dass die bisherige konstruktive Arbeitsweise innerhalb der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung beibehalten wird. Denn eines ist klar: mit der bisherigen Vorgehensweise der linearen Kürzung kommen wir nicht weiter.

Der Haushalt 2008 ist der letzte Haushalt der Kameralistik, in der zweiten Jahreshälfte werden wir den ersten neuen NKF-Haushaltsentwurf bekommen. Damit haben wir nicht automatisch mehr Geld, aber die neue Systematik ist ehrlicher und zeigt damit auch die finanzielle Gesamtentwicklung der Stadt Lüdenscheid einschließlich der städtischen Gesellschaften auf. Ein erstes Betrachten der Ziele und

Kennzahlen, die letzte Woche erstmals der Politik vorgestellt wurden, zeigt allerdings noch hohen Zeitaufwand, denn wir in den einzelnen Ausschüssen noch zu leisten haben.

Herr Bürgermeister,.....

Im Nachfolgenden die vier Schwerpunkte der SPD-Fraktion:

3. Kommunale Politik muss die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze schaffen:

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ist nicht nur Sache von Bundes- und Landespolitik sondern immer mehr Aufgabe der Kommunen. Dazu sollten wir die Diskussion über den neu aufzustellenden Flächennutzungsplan auch nutzen. Statt einer überkommenen Bodenvorratspolitik setzen wir auf ein modernes Flächenmanagement, das durch An- und Verkauf, Wiedernutzbarkeit und Neuerschließung gewerblich nutzbarer Flächen ein möglichst vielfältiges Angebot für alle Formen der Nachfrage bereithält.

- Wir versuchen unserer städtisches Profil im Bereich des Stadtmarketing über die LSM weiterzuentwickeln. Wir präsentieren uns in umfassendem Verständnis als Wirtschaftsraum mit spezifischen Kompetenzen, Eigenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten, sowohl nach innen gegenüber Bürgern und örtlicher Wirtschaft wie auch nach außen. Wir bedauern es, dass es nicht gelungen ist, die Lichttrouten als ein Markenzeichen im Rahmen der Gesamtkonzeption des „Stadt des Lichts“ vor 2010 zu planen.....
- im Jahr 2008 werden wir endlich mit der Umgestaltung des Lüdenscheider Bahnhofsbereichs beginnen. Damit kann einerseits die zur Zeit sicherlich nicht attraktive städtebauliche Gesamtsituation verbessert werden, andererseits eine innerstädtische Fläche reaktiviert werden. Die Phänomente kann dann die benötigten Erweiterungsflächen bekommen, das EGC hat Erweiterungsmöglichkeiten z.B. beim gewünschten Aufbau eines Hochschulstandorts im Bereich der Kunststofftechnologien..
- Zum Erhalt und Ausbau der Innenstadt und ihre wirtschaftlichen Attraktivität habe wir in den vergangenen Jahren gemeinsam wichtige Entscheidungen getroffen – die Zahl der Baustellen zeigt dies zur Zeit deutlich. Wir wollen die Innenstadt attraktiv halten, dazu brauchen wir aber auch das Engagement des örtlichen Handels genauso wie eine vernünftige Verkehrspolitik. Deshalb erscheint uns der weitere Ausbau des Sauerfelds auch notwendig und politisch vertretbar.
- zunehmend größere Bedeutung gewinnt die Aufgabe, Kontakt und Kommunikation überregional herzustellen und zu handeln. Deshalb unterstützen wir die Kooperation mit der Gemeinde Schalksmühle im Bereich der Gewerbeflächenplanung. Wir haben als SPD-Fraktion von Anfang an eine gemeinsame Bewerbung für eine Regionale Südwestfalen unterstützt. Wir hoffen, dass auch Projekte der Stadt Lüdenscheid in das Gesamtkonzept der nächsten Jahren Aufnahme finden.

Herr Bürgermeister,.....

4) Der zweite Schwerpunkt lautet: Gute Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche

Bildung entscheidet über unsere Zukunft, eine frühe Förderung und eine gute Bildung sind Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben mit gesicherten beruflichen Perspektiven.

Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration und den Bildungserfolg.

Deshalb haben wir als SPD-Fraktion zusätzliche Mittel für Sprachförderung gefordert, der letzte Woche gefundene Kompromiss in Höhe von 12 000 € ist als Einstieg zu verstehen.

Die deutliche Kürzung der Zahl der geförderten Kinder war von vielen Fachleuten deutlich kritisiert worden, deshalb ist an dieser Stelle auch eigenes finanzielles Engagement notwendig. Die im letzten Hauptausschuss vorgetragene Zahlen des zuständigen Dezernenten verniedlichen eindeutig das Problem.

- Wir müssen insbesondere das Angebot für unter Dreijährige deutlich verbessern. Wenn wir für 33 % der unter dreijährigen Kinder Plätze schaffen wollen, brauchen wir dringend das Geld, das der Bund mit seinem 4 Mrd. € Programm beschlossen hat. Wir fordern das Land NRW auf, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel ungekürzt an die Kommunen weiterzureichen und in erheblichen Umfang auch eigene Finanzmittel einzusetzen
- Die Offene Ganztagsgrundschule (OGS) hat sich als erfolgreiches Konzept entwickelt, trotz aller Unkenrufe von konservativer Seite aus. Die Lüdenscheider Grundschulen haben inzwischen ein

gutes Angebot von Betreuungsmöglichkeiten entwickelt, mit bewährter Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Kultur und Sport. Die Anmeldezahlen am Stadtpark und bei der Kolping-Grundschule gehen weit über den bisher ermittelten Bedarf hinaus. In diesem Jahr investieren wir über 700 000 € für einen Anbau an der Erwin-Welke Grundschule, eine äußerst sinnvolle Maßnahme für einen neuen Stadtteil wie der Vogelberg.

Angesichts der stetig steigenden Nachfrage nach OGS-Plätzen brauchen wir eine vernünftige Ausbauplanung. Wir setzen uns für den Erhalt wohnortnaher Grundschulen weiterhin ein, auch über Dependance – Lösungen wie z.B. in Brünninghausen und wahrscheinlich auch in Brügge.

- Wir wollen, dass alle Schulen hinsichtlich Energieeffizienz, Aufenthaltsqualität für den Ganztagsbetrieb und Technikstand auf einen modernen Stand gebracht werden. Deshalb haben wir im BOFI - nach bekannt werden der Rückzahlungen des Landes - nochmals vorgeschlagen, zusätzlich drei kleinere Maßnahmen für rd. 190 000 € wieder im HHPL 2008 festzuschreiben, leider ohne Erfolg.
- Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung müssen wir die VHS stärker einbinden, gerade an der Schwelle zwischen Beruf und Schule. Bei dem Nachholen von Bildungsabschlüssen wie auch der Weiterbildung muss die VHS ihre Erfahrungen einbringen. Deshalb sollte eine engere Verknüpfung der VHS zum Schulamt im Rahmen der Gesamtdiskussion über Verwaltungsreform überlegt werden.

5) Familienförderung als nächster Schwerpunkt:

Die ehemalige Bundesfamilienministerin R. Schmidt hat durch Initiierung und Unterstützung der Bündnisse für Familie die Aufmerksamkeit der Kommunalpolitik auf diese Aufgabe gelenkt. Wir haben in Lüdenscheid dies auch erfolgreich gestartet,

Eltern sollen Unterstützung und Hilfe bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder bekommen. Da sicherlich die Anzahl der Problemfälle steigt, brauchen wir hier eine intensive Prävention. Deshalb ist die Ausweitung der Stellen an dieser Stelle im Jugendamt notwendig.

Wir müssen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung der Familienbildung und der Gesundheitsvorsorge sozialräumlich vernetzen.

Junge Eltern wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren und brauchen deshalb unsere Unterstützung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch qualitativ gut ausgestattete Einrichtungen. Inwieweit dies unter den Bedingungen des sog. KIBIZ möglich sein wird, daran haben viele Fachleute ernsthafte Zweifel.

Sicherlich muss perspektivisch die Betreuung im Kindergartenbereich nach Meinung der SPD-Fraktion kostenfrei werden.

Angesichts der finanziellen Lage der Stadt Lüdenscheid sind wir gezwungen, weiterhin Elternbeiträge zu erheben. Die neue Lüdenscheider Beitragstabelle ist verantwortbar und deutlich besser als die Beitragstabelle des Märkischen Kreises mit zusätzlicher Belastung von Geschwisterkinder. Hier zeigt sich deutlich ob ein CDU - oder SPD-Vertreter an der Verwaltungsspitze stehen.

Gesicherte Betreuungsangebote erleichtern die Entscheidung für Kinder. Deshalb unterstützen wir als SPD-Fraktion das Lüdenscheider Bündnis für Familien – auch mit dem Ziel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Erinnern möchte ich an dieser Stelle nochmals an die Einführung des sog. Familienpasses

Leider sind Familien mit Kindern besonders vom Armutsrisiko betroffen. Der KSB hat rd. 2257 Kinder in Lüdenscheid ermittelt, dies macht das Problem recht deutlich. Gute Angebote für Kinder wie z.B. kostenloses Mittagessen bis hin zu einem sozial gestaffelten Beitrag bei der OGS können hier eine sinnvolle Hilfe sein. Dieser Beschluss -gegen den Widerstand der CDU -belastet die Stadt mit rd. 100 000 €, dies ist aber gut abgelegtes Geld aus Sicht der SPD.

Gleiches gilt für den diskutierten Fonds für spezielle Förderung z.B. von Kindern von SGB II und XII – Kindern. Wir hoffen das hier schnellstmöglich eine Lösung gefunden wird, die dann bereits zum Schulbeginn im August zusätzliche Fördermöglichkeiten ergeben können.

Einige Worte zur Frage der Integration. Wir bedauern es, dass unser Antrag für 10 000 € relativ pauschal abgelehnt wurde. Integrationserfolge und auch Misserfolge werden vor Ort sichtbar, der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird weiter wachsen. Integration erfolgt nicht automatisch, ein Schlüssel dazu ist einerseits ist die Sprachförderung als auch die Erwartung an die Einwanderern, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und auch ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Die damit verbundene Vielfalt kann eine Bereicherung des städtischen Lebens sein, birgt aber auch Risiken in sich. Deshalb müssen wir unser gutes Integrationskonzept auch umsetzen, hier erwartet die SPD konkrete Arbeitsschritte des zuständigen Dezernenten.

Für die SPD ist selbstverständlich: Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz in Lüdenscheid. Zum Glück hat Roland Koch gestern von den Wählerinnen und Wählern eine deutliche rote Karte gezeigt bekommen.

6) Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal auf das Thema Demographischer Wandel zurückkommen.

Wir haben uns in der Ag Flächennutzungsplanung ausführlich mit der voraussichtlichen Einwohnerentwicklung beschäftigt und uns an der Zielzahl 75000 Einwohner orientiert.

Gerade weil der demog. Wandel beinahe alle Bereiche kommunalen Handelns treffen wird, ist eine ausführliche Beschäftigung mit diesem Thema notwendig. Die Lüdenscheider Bevölkerung wird sich in Zahl und Struktur nachhaltig verändern.

Dazu werden wir für den nächsten Hauptausschuss am 11. Februar einen Antrag zur Erstellung eines **Demographieberichts Lüdenscheid** stellen:

Darin sollen einerseits Daten und Prognosen für Lüdenscheid dargestellt werden, andererseits die Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur untersucht werden, von der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung bis hin zu Fragen des Wohnungsmarkts, der Mobilität und Versorgung unserer älterer Mitbürger.

7. Kommunale Energiepolitik muß den Klimaschutz unterstützen:

Die kommunale Energiepolitik ist gegenwärtig im Umbruch – das Thema Klimaschutz wird intensiv diskutiert. - zuletzt am vergangenen Mittwoch im ASU. Städte und Gemeinden müssen auch in Zukunft die erforderlichen Handlungsmöglichkeiten für eine solche nachhaltige Energiepolitik besitzen – auch im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze. Nach vielen Einzelschritten müssen wir ein Klimaschutzkonzept für Lüdenscheid entwickeln. Dazu brauchen wir die Erweiterung der regelmäßigen Energieverbrauchsberichte der ZGW um die Frage der Emissionen als auch eine kurz- und mittelfristige Strategie für fünf Jahre.

Ziel muss die Reduktion der CO₂-Abgase um 10 Prozent sein, wie es das Klimabündnis sich vorgenommen hat. Dazu erwarten wir von der Umweltabteilung bis zu den Sommerferien ein ausgearbeitetes Konzept.

Um unser Klima und unsere Umwelt besser zu schützen, müssen wir die traditionellen Energierohstoffe - Öl, Kohle, Gas - wesentlich effizienter nutzen als bisher und immer mehr auf regenerative Energien - Sonnen-, Wind-, Bioenergien - umsteigen., genauso wie die Unterstützung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. Dazu erwarten wir z.B. bei der Sanierung der Heizungsanlage des Rathauses ökologisch sinnvolle Überlegungen, immerhin mit rd. 1,2 Mio. € im Haushalt verankert.

Die Stadtwerke haben inzwischen ein Klimaschutzprogramm für die privaten Haushalte ausgearbeitet, bei dem unterschiedlichste Maßnahmen gefördert werden

8.) Leider haben sich die Arbeitsmöglichkeiten von kommunalen Unternehmen durch CDU/FDP - Beschluss im Landtages verschlechtert. Die öffentliche Daseinsvorsorge der Grundversorgung und Sicherung der Lebensqualität dürfen nicht zu beliebigen Waren gemacht werden, die ausschließlich Marktmechanismen unterliegen. Dies würde im Ergebnis zur einer ungerechten und unsozialen Verteilung führen. Die ideologische Formel Privat vor Staat gefährdet die kommunale Daseinsvorsorge und wird weiterhin von der SPD bekämpft werden. Wir wollen einen Partner Staat.

- Kommunale Selbstverwaltung beinhaltet das Recht der Kommunen, sich auch im wirtschaftlichen Bereich zu betätigen – auch zur Sicherung der Handlungsfähigkeit.

Kommunale Unternehmen leisten ihre finanzielle Beiträge für die Stadt, sie schütten aber auch eine soziale Dividende aus, z.B. durch unterschiedlichste Formen der Unterstützung des Sports, Kultur und im sozialen Bereich. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und sind verlässliche Partner von Handwerk und Mittelstand.

Die Struktur des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens als dritte Säule müssen erhalten bleiben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren. Allerdings muss die Frage einer Ausschüttung an den Haushalt der Stadt Lüdenscheid nach Meinung der SPD-Fraktion offen angegangen werden.

Leider ist zu befürchten, dass aufgrund der neuesten Schreckensmeldungen von der West-LB, die rd. 2 Mrd. Kapitalzuführung zur Sanierung benötigt, in diesem Jahr wenig zu erreichen ist. Die beiden Sparkassenverbände müssen allein 1 Mrd. aufbringen, die Landschaftsverbände direkt und indirekt rd. 240 Mio. €.

Wir hoffen, dass diese Sanierungsschritte weder auf die Preise und Leistungen gegenüber den Kunden Auswirkungen hat noch eine Kürzung bei der Ausschüttung für die Sparkassenstiftung erfolgen muss.

. Anrede,.....

7) lassen Sie mich an dieser Stelle zu **Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement** einige Worte sagen:

die Städte sind die konkrete Erfahrungsebene für Bürgerinnen und Bürger, auf der die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen deutlich werden

Eine engagierte Bürgerschaft kann das Zusammenleben in einer Stadt mitorganisieren, eine vernünftige Bürgerbeteiligung kann zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuern und Ressourcen führen

- Das ehrenamtliche Engagement benötigt weiterhin unsere Unterstützung. Gemeinsinn, bürger- und nachbarschaftliche Verantwortung und ehrenamtliches Engagement müssen auf allen Feldern kulturellen und sozialen Handelns herausgefordert und unterstützt werden.
- Große Bereiche wie unsere Sportvereine brauchen weiter unsere Unterstützung, insbesondere bei der Jugendarbeit. Dies gilt auch für alle Sportstätten und alle Sportarten in Lüdenscheid.
- Die Förderung von Eigeninitiativen von Betroffenen, vom Selbsthilfehaus und klassischen Wohlfahrtsverbänden, von vielen Initiativen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 findet unsere volle Unterstützung. Wir als SPD treten dabei insbesondere für diejenigen ein, die sich selbst schlechter artikulieren können.

Anrede,.....

Herr Bürgermeister, liebe K.....,

Zu den positiven Standortfaktoren unserer Stadt gehören sicherlich auch die Kultureinrichtungen von Lüdenscheid, mit viel Potential und hoher Qualität. Diese gilt es weiterentwickeln, und für die nächsten Jahre in ihrem Kernbestand abzusichern, aber auch für neue Fragestellungen und für Erweiterung der unterschiedlichen Benutzergruppen zu öffnen. Wir hoffen, dass in der neuen Arbeitsgruppe zu den Zukunftsperspektiven für die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen eine gemeinsame Perspektive zwischen Politik und Verwaltung erarbeitet werden kann. Allerdings muss die Umsetzung auch von Einsparpotentialen weiterhin eine wichtige Rolle spielen, organisatorische Verselbstständigungstendenzen werden wir als SPD nicht unterstützen.

Kommunalpolitik ist für Sozialdemokraten kein Modewort – seit übrigens rd. 145 Jahren.

Die positive Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums ist und bleibt ein Hauptziel der SPD.

Dies ist manchmal schwierig, wenn man auf allen Ebenen mitgestalten will und für politische Mehrheiten werben will – hier haben es kleine lokale Gruppierungen deutlich einfacher.

Deshalb braucht man öfters einen langen Atem. Sicherlich sind einige unserer Vorschläge abgelehnt worden, wir werden dem Haushalt 2008 dennoch zustimmen.

Die Strategie der CDU war von uns allerdings nicht nachvollziehbar. Manchmal hat sie eine neue Verschuldung für Sportplätze gefordert, manchmal von Kaputtsparen geredet, man in einigen Fachausschüssen hat sie zugestimmt, im BOFI und im Hauptausschuss sich dann wieder enthalten.

Die teilweisen persönlichen Angriffe auf SPD-Mitglieder zu Beginn der Haushaltsplanberatung wurden im Interesse einer vernünftigen Diskussion nicht fortgesetzt, wir hoffen, dass dies von etwas längerer Dauer sein wird. Wir werden weiterhin, gemeinsam mit dem Bürgermeister Dieter Dzewas und dem Kämmerer K.H. Blasweiler an unserer Linie festhalten: Haushalt schrittweise sanieren und die finanzielle Mittel für notwendige Investitionen für ein zukunftsfähiges Lüdenscheid bereit zu stellen.

Zum Schluss eine Dankeschön an alle Mitwirkenden bei der Aufstellung des Haushaltsplan 2008, und
Danke für Ihre Geduld
Harald Metzger